

„Erholung für die überlastete bäuerliche Familie“

Im Januar 1964 tagte der Landwirtschaftliche Kreisverband

Im Saal der Gastwirtschaft Ameling („Deutsches Haus“) in Verl begrüßte der Vorstand des Landwirtschaftlichen Kreisverbands Wiedenbrück am Dreikönigstag 1964 neben seinen Mitgliedern und deren Angehörigen Gäste aus der Politik, der Verwaltung und der Kirche. Es war der Tag des traditionellen Winterballs. Doch getreu dem Sprichwort „Erst die Arbeit, dann das Vergnügen“, hörten die Anwesenden zunächst einige Grußworte und dann einen Vortrag. Die Vertreter der örtlichen Zeitungen notierten fleißig.

Der Verler Amtsdirektor Dr. Klose wies in seinem Grußwort auf den Wandel Verls von einem Dorf zu einer kleinen Stadt hin, der mit einer zunehmenden Bautätigkeit einherging. Dies betraf auch die Landwirtschaft: Da „nicht immer nur auf dem Gelände auslaufender Höfe gesiedelt“ werden könne, müssten Bodentausche stattfinden. Hier sei die Verwaltung um Planungen bemüht, die die landwirtschaftlichen Betriebe lebensfähig hielten.

Amtsdirektor Dr. Hans-Georg Klose, hier auf einer während seiner Amtseinführung 1961 entstandenen Fotografie, sprach auf der Tagung des Landwirtschaftlichen Vereins ein Grußwort.



Die Lebensfähigkeit von kleineren und mittleren Familienbetrieben war außerdem bedroht, wenn der Bauer erkrankte. Nachbarschaftshilfe war in vielen Fällen nicht mehr möglich, da die benachbarten Höfe in der Regel keine Arbeitskraft erübrigen konnten. Die Bäuerin sollte „Hausfrau und Mutter, nicht aber vielfach überlastete Hilfskraft auf dem Hof sein“. Die Landjugend wandte sich „wegen überhöhter Arbeitsleistung und fehlendem Urlaub“ häufig von der Landwirtschaft ab. Wie hier Abhilfe zu schaffen sei, beschrieb der Hauptredner des Abends, Herr Adams von der Landesvolkshochschule „Anton Heinen“ in Hardehausen: Es sollten auch in Deutschland mehr „Betriebshelfer“ ausgebildet werden, wie es sie bereits in den Niederlanden gab. Für junge Männer mit „Liebe zur Landwirtschaft“, aber ohne eigenen Betrieb, böte sich als Betriebshelfer die Möglichkeit, trotzdem den Beruf des Landwirts auszuüben. Sie sprängen jeweils für einige Wochen dort ein, wo der Landwirt wegen einer Erkrankung fehlte – oder wegen eines Urlaubs: In einer Gesellschaft, in der die jährliche Ferienreise für viele Menschen inzwischen Normalität war, entwickelten auch die bäuerlichen Familien den Wunsch danach.

„Mehr Erholung für die überlastete bäuerliche Familie“ mahnte Herr Adams also an. Dazu passend wies Frau Großerüschkamp aus Sende als Kreisvorsitzende der Landfrauen auf die Möglichkeit eines achttägigen Erholungsurlaubs in Hardehausen hin. Die erste Buchung tätigte noch am selben Abend der Kreisverbandsvorsitzende selbst, der so mit gutem Beispiel voranging. Anschließend begann der gemütliche Teil, und sowohl bei Ameling als auch bei Echterhoff spielten Kapellen zum Tanz auf.

Ein Hallenbad für Schloß Holte

Im Februar 1964 fiel ein entsprechender Beschluss

Das Freibad in Verl erfreut sich großer Beliebtheit. Eine Umfrage kam im Oktober 2013 zu dem Ergebnis, dass viele Besucherinnen und Besucher auch ein Hallenbad nutzen würden, wenn die Stadt eines baute. Die Entscheidung darüber steht jedoch noch aus.

Bereits vor 50 Jahren beschloss der Rat der damaligen Gemeinde Liemke, ein Hallenbad zu bauen. Liemke mit dem Ort Schloss Holte gehörte 1964 wie die Gemeinden Verl, Bornholte, Sende und Österwiehe noch zum Amt Verl. Mit seiner Entscheidung erteilte der Rat dem „Amtsverband für Leibesübungen“ eine Absage – der hatte vorgeschlagen, „ein Schwimmbad auf halbem Wege zwischen Verl und Schloß Holte zu errichten, um eine bessere Nutzung zu garantieren“. Die Ratsmitglieder waren sich sicher, dass die Gemeinde Liemke aus eigener Kraft und aus eigenen und eingeworbenen Mitteln das Vorhaben umsetzen konnte. Außerdem rechneten sie damit, dass sich in Schloß Holte genügend Schwimmerinnen und Schwimmer fänden, um das Bad zu bevölkern und mit ihren Eintrittsgebühren die Kosten für seine Unterhaltung zu decken: Der reizvoll zwischen Teutoburger Wald und Senne gelegene Ort zog Urlaubsreisende an. Die anwesenden Journalisten schrieben eine entsprechende Äußerung von Ratsherr Dr. Berenbrinker (UWG) auf: „Wir müssen etwas tun, allein schon mit Rücksicht auf die vielen Feriengäste und Urlauber.“ Eine zweite zukünftige Besuchergruppe sollten die Schulkinder sein, die für den Schwimmunterricht zu jenem Zeitpunkt noch auf Kosten der Gemeinde zum Hallenbad in Senne I gefahren wurden. Sie konnten das neue Bad als Lehrschwimmbekken nutzen, was der Landkreis mit finanzieller Unterstützung förderte.

Ein Hallenbad bot den Vorteil, das ganze Jahr über und auch bei schlechtem Wetter nutzbar zu sein; dies hatte den Rat bewogen, vom grundsätzlich auch in Frage kommenden Bau eines Freibads Abstand zu nehmen. Als Standort war ein zentral gelegenes Waldgelände in der Nähe des Pollhansplatzes vorgesehen, das allerdings noch anzukaufen war. Auch ein Architektenwettbewerb musste noch ausgeschrieben werden. Dennoch gingen die Ratsmitglieder davon aus, dass das Hallenbad bis spätestens 1966 fertiggestellt wäre.

Aber es kam anders: Erst nach der kommunalen Neugliederung, die Schloß Holte mit Stukenbrock zu einer neuen Gemeinde zusammenband, öffnete 1975 das Gartenhallenbad. Es entstand nicht in der Nähe des Pollhansplatzes, sondern auf halbem Weg zwischen den beiden Ortsteilen, um das Zusammenwachsen der neuen Gemeinde zu fördern.

Zusammenwachsen von Verl-Dorf und Sürenheide?

Im März 1964 fand eine Bürgerversammlung statt

Die Entwicklung der Sürenheide und die Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner an den entsprechenden Planungen war im März 1968 Gegenstand von Diskussionen zwischen Bürgerinnen und Bürgern auf der einen und Politik und Verwaltung auf der anderen Seite. Ein Ortskern mit geschlossener Bebauung hatte sich hier erst in der Nachkriegszeit durch die Ansiedlung von Flüchtlingen und Vertriebenen entwickelt. Es gab kleine Geschäfte, die 1954 in Benutzung genommene Kirche und eine Volksschule, die nach Ansicht der Sürenheider dringend ausgebaut werden musste. Und auch bei der Bestimmung des Standorts für die neue Realschule Verl wollten sie gehört werden, wie in einer Bürgerversammlung in der Gastwirtschaft Ohlmeyer im März 1964 deutlich wurde.

Denn zu diesem Zeitpunkt sah es noch so aus, als wenn das Realschulgebäude nicht an seinem heutigen Standort, sondern auf einem Grundstück im Dorf Verl südlich der Bahnlinie gebaut werden sollte. Das hätte bedeutet, dass Kinder aus der Sürenheide die „verkehrs- und unfallreiche Gütersloher Straße und schließlich auch den TWE-Bahnübergang“ hätten überqueren müssen. Dies war nicht nur gefährlich, sondern widersprach auch dem damals beschworenen Ziel, dass das „Alt-Dorf“ Verl und die Sürenheide „enger zusammenrücken“ sollten, wie die anwesenden Journalisten notierten. Schließlich war eine Straße geplant, die von Helfgerd – hier entstand später die Helfgerd-Siedlung – „durch die Wiesen“ führen und mitten im Dorf, gegenüber der Gastwirtschaft Ameling („Deutsches Haus“) ankommen sollte. An ihr entlang könne gebaut werden, erörterte Bürgermeister Dreismann, und so eine Verbindung zwischen den beiden Ortsteilen geschaffen werden.

Die geplante Straße ist ebensowenig entstanden wie ein Verler See, der sich über die gesamte Distanz zwischen der Sürenheide und dem Dorf Verl erstrecken sollte. Die Entfernung war einfach zu groß, als dass sie sich auf diese Weise hätte überbrücken lassen. So ist Sürenheide ein räumlich klar abgegrenzter Stadtteil geblieben.



Diesen Blick über den Verler See auf die Helfgerd-Siedlung zeigt Friedrich Adämmer in seinem 1989 vorgelegten „Bericht über die Siedlungstätigkeit in der Gemeinde Verl“.

Dreispurig zum Eier- und Geflügelmarkt

Im April 1964 kam der erste Bebauungsplan für Kaunitz

„Zum Eier- und Geflügelmarkt bald dreispurig“: So überschrieb ein Journalist seinen Bericht über die Sitzung des Rates der Gemeinde Österwiehe im April 1964. Der heutige Stadtteil war damals noch eine politisch selbständige Gemeinde innerhalb des Amtes Verl. Auf ihrem Gebiet lag der größte Teil des Dorfes Kaunitz. Kaunitz war in den vergangenen Jahren für seine Geflügel- und Eiermärkte bekannt geworden: Ein erster Geflügelgroßmarkt hatte im Mai 1960 im Hof von Gastwirt Heinrich Liemke stattgefunden und war seitdem jeden Montag in der Zeit von Mitte April bis Ende September veranstaltet worden. Im September 1961 war ein ganzjährig wöchentlich stattfindender Eiergroßmarkt hinzugekommen. Die Veranstaltungen litten inzwischen unter Raumnot. Daher planten die Ratsmitglieder, einen neuen Marktplatz von der Gütersloher Straße (heute Paderborner Straße) her großzügig „mit drei Fahrbahnen“ zu erschließen.

Das Vorhaben stand in engem Zusammenhang mit dem ersten Bebauungsplan der Gemeinde Österwiehe. Er betraf das Dorf Kaunitz, und zwar das Gebiet südlich der heutigen Paderborner Straße etwa von der (damals noch nicht bestehenden) Schützenhalle bis zum Fasanenweg. Hier befand sich auch das Grundstück, das die Gemeinde am westlichen Dorfrand, in Richtung Verl, für die Einrichtung des neuen Marktplatzes erworben hatte. Die Gemeinderäte stimmten dem vorgeschlagenen Bebauungsplan in ihrer Sitzung im April 1964 zu. Er würde nun einen Monat öffentlich ausgelegt, um der Bevölkerung die Gelegenheit zu geben, „den Plan einzusehen und gegebenenfalls Verbesserungs- und Änderungsvorschläge zu machen“. Der zugehörige Flächennutzungsplan hatte bereits im November des Vorjahrs öffentlich ausgelegen.

Dieses Vorgehen entsprach dem 1960 in Kraft getretenen Bundesbaugesetz, das erstmals die Bauleitplanung für das gesamte Bundesgebiet einheitlich regelte. Eine Bauleitplanung ist für die geordnete städtebauliche Entwicklung einer Gemeinde unabdingbar. Sie legt mittels Flächennutzungsplan und Bebauungsplan fest, wie die Grundstücke genutzt werden sollen. Dabei bildet der Flächennutzungsplan die Grundlage für den Bebauungsplan, indem er „die langfristigen Ziele hinsichtlich der Bodennutzung im Gemeindegebiet“ festschreibt. Der kleinteiligere Bebauungsplan setzt rechtsverbindlich die städtebauliche Ordnung in einem bestimmten Teil des Gemeindegebiets fest: Er zeigt das Bauland und die Einzelheiten seiner Nutzung, die bebauungsfreien Grundstücke, die Flächen für Verkehr, Versorgung, öffentliche und private Grünanlagen.

Bei der Planung eines Marktplatzes in Kaunitz sollte es nicht bleiben: Wenig später beschlossen die Gemeinderäte den Bau einer Markthalle, der heutigen Ostwestfalen-Halle.

„Thema Förderschule“

Im Mai 1964 diskutierten die Gemeinderäte in Verl und Liemke

Auf Veranlassung des Kreises beschäftigte die Einrichtung einer „Sonderschule für schwachbegabte Kinder“ im Amtsverband Verl die Gemeinderäte im Mai 1964. In welcher der fünf in einem Verwaltungsbezirk zusammengefassten Gemeinden sollte sie entstehen – in Verl, Bornholte, Sende, Österwiehe oder Liemke? Und wie sollte die Schule finanziert werden?

In Sende und Österwiehe hatten die Ratsmitglieder sich bereits für eine Trägerschaft des Amtsverbands entschieden: Dies bot den Vorteil, dass nicht eine Gemeinde allein, sondern alle Gemeinden gemeinsam an den Unterhaltungskosten der Schule beteiligt würden; die Grunderwerbs- und Baukosten wollte der Kreis tragen.

Auch der Rat der Gemeinde Verl entschloss sich für diese Lösung, nachdem Bürgermeister Dreismann auf die Wichtigkeit von Förderschulen hingewiesen hatte. „Nur unter einer fachgemäßen Anleitung können schwachbegabte Kinder wirklich weiterkommen und Fortschritte machen. Es gibt Beispiele dafür, daß Kinder, die in Förderschulen gut angeleitet wurden, es sogar bis zu Meisterprüfung schaffen“, zitierte ihn ein bei der Ratssitzung anwesender Journalist. Die heute geläufige Bezeichnung „Förderschule“ war, so geht aus den Worten des Bürgermeisters hervor, bereits 1964 bekannt, und auch die Leitziele, denen sich moderne Förderschulen verschreiben, klingen schon an: Die Schwächen der Schüler auszugleichen und ihre Stärken zu fördern. Bürgermeister Dreismann deutete bei dieser Gelegenheit auch an, dass Verl nicht nur die gerade eröffnete Realschule, sondern auch die Förderschule gerne im Dorf sähe.

Der Rat der Gemeinde Liemke hingegen mochte gar keine Entscheidung fällen. Dabei argwöhnten die Ratsmitglieder durchaus, dass dadurch die Gemeinde Verl „schneller und bereit sein würde, bei sich diese Förderschule zu errichten, was man wiederum in Liemke als eigenen Verlust empfinden würde“, wie die Zeitungen berichteten. Deutlich kommt hier zum Ausdruck, dass die beiden sich am stärksten entwickelnden Gemeinden in einem Wettbewerb standen. Doch die Sorge, dass die einer „Dummschule“ – so ein Ratsherr – zugewiesenen Kinder und deren Eltern sich herabgewürdigt fühlen könnten, führte in Liemke dazu, dass kein Entschluss getroffen wurde. Am Ende des Monats sollte das Thema noch einmal besprochen werden.

Vertagter Beschluss in Sachen Förderschule

Im Juni 1964 kam es zu keiner Einigung auf Amtsebene

Am 30. Mai 1964 hatte nach den Gemeindevertretungen auch die Amtsvertretung Verl das Thema Förderschule zu behandeln. Es ging um die Frage, ob „das am dichtesten besiedelte Amt des Landkreises Wiedenbrück, das Amt Verl mit seinen 23 000 Einwohnern“, eine solche Schule erhalten sollte. Die amtsangehörigen Gemeinden Verl, Sende und Österwiehe hatten sich bereits dafür ausgesprochen, und auch Bornholte signalisierte Zustimmung. Doch Liemke sperrte sich. Die örtlichen Zeitungen berichteten Anfang Juni über den Verlauf der Sitzung.

Die Amtsvertretung beschloss die Angelegenheiten des Amtes Verl, das die Verwaltungseinrichtung für die fünf amtsangehörigen, politisch selbständigen Gemeinden war. Sie setzte sich aus gewählten Vertretern dieser Gemeinden zusammen und verhandelte nun auf einer höheren Ebene noch einmal, was die Gemeinderäte bereits besprochen hatten. In Verl, Bornholte, Sende und Österwiehe war man von der Notwendigkeit einer Förderschule überzeugt. Amtsvertreter Dr. Johannwille aus Sende, der gleichzeitig Kreistagsabgeordneter war, argumentierte: „In einer Gesellschaft, die nach höherer Bildung und Ausbildung strebt, muß auch der Bildungsstand der Volksschule gehoben werden. Das ist nur möglich, wenn die Schwachbegabten den Unterricht dort nicht aufhalten. Außerdem hat das geistig gehemmte Kind wie jedes andere den Anspruch auf eine Schule, deren heilpädagogische Methoden seinen geistigen Anlagen entsprechen.“ Die Amtsvertreter aus Liemke jedoch ließen sich nicht überzeugen. Sie vertraten die Ansicht, dass mehr Nachhilfeunterricht an den Volksschulen zur Förderung der schwächer begabten Kinder völlig ausreiche, es fehle bloß augenblicklich an genügend Lehrkräften – die für die Förderschulen vorgesehenen Mittel sollten hier eingesetzt werden. Weil die Amtsvertretung eine Förderschul-Trägerschaft von nur vier statt aller fünf amtsangehörigen Gemeinden gern vermeiden wollte, verschob sie den Beschluss „auf vier bis sechs Wochen“.

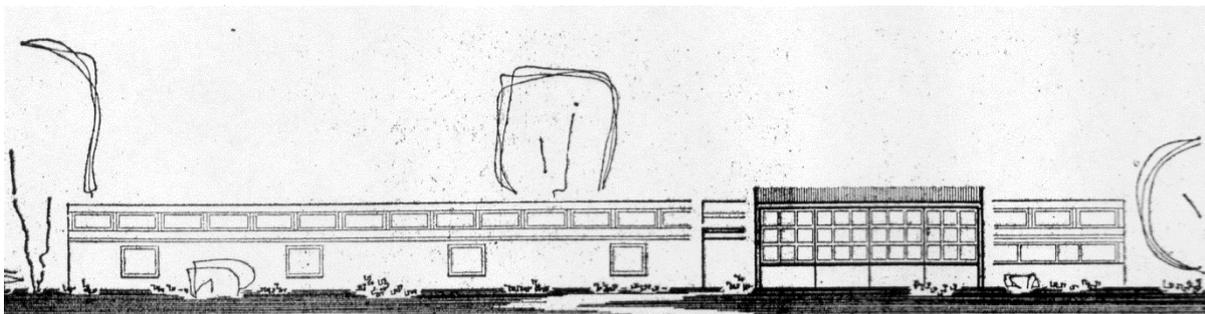
Die Journalisten besuchten in den folgenden Tagen noch eine Gemeinderatssitzung in Liemke, wo der Bau einer Förderschule im Amt Verl erneut abgelehnt wurde, und in Bornholte, wo der Rat sich erwartungsgemäß dafür aussprach. Danach scheint die Angelegenheit geruht zu haben, denn bis Ende des Jahres 1964 ist im Stadtarchiv Verl kein Zeitungsbericht mehr zum Thema Förderschule überliefert.

„Zeit der Schulen“

Im Juli 1964 lagen die Pläne für die neue Brisse-Schule vor

Über mehrere Jahre hinweg hatten Eltern, Gemeinderäte und Amtsverwaltung um die Entwicklung des Schulwesens in der südlichen Hälfte der Gemeinde Sende gerungen: Seit 1959 wünschten sich die Eltern der Kinder, die zu den Schulen Sende-Brisse und Sende-Ebbinghaus gingen, eine moderne, gut ausgestattete „Mittelpunktschule“, auch wenn dies für die Kinder eine Fahrt mit dem Schulbus mit sich brächte. Diejenigen Mütter und Väter hingegen, deren Kinder die Schule Sende-Lehmkuhl besuchten, wollten wegen der kurzen Wege an ihrer kleinen Schule festhalten.

1964 schließlich entschied sich der Gemeinderat mit der Mehrheit der Stimmen der CDU für die Einrichtung einer Mittelpunktschule bei der alten Brisse-Schule. Im Juli lagen die Vorentwürfe des Architekten Clasbrummel aus Sende der Bezirks-Regierung in Detmold vor.



Die Brisse-Schule schien den Ratsherren, die der CDU angehörten, als Standort aus zwei Gründen geeignet: Hier besaß die Gemeinde genügend Bauland für einen großen Schul-Neubau. Außerdem war sie unmittelbare Nachbarin der Lehmkuhl-Schule, deren Eltern dem „Vorhaben Mittelpunktschule“ ablehnend gegenüberstanden – ihnen wollten die CDU-Mitglieder im Rat mit dieser Entscheidung räumlich entgegenkommen.

Der Standort blieb jedoch umstritten. Für einzelne Kinder brachte er sehr weite Wege. Vor allem jedoch warf er eine städtebauliche Frage auf: War die Lage der neuen Schule inmitten von „Weiden, Kühen und Roggenfeldern“ richtig gewählt? Sollte sie nicht ins „Dorf“, wie die Einheimischen die Siedlung bei der Gastwirtschaft Helfberend nannten? Als „Sende-Mitte“ war sie seit gut 20 Jahren in einem langsamen Wachstum begriffen.

Für Amtsdirektor Dr. Klose jedoch bildete die Siedlung kein Ortszentrum, wie er im Juli den Redakteuren der örtlichen Zeitungen erklärte. Es sei im Gegenteil „nach dem Zweiten Weltkrieg in Sende verpaßt worden, überhaupt um die Gaststätte ‚Helfberend‘ herum, ein Ortszentrum zu schaffen“. Deshalb müsse hier auch kein städtebaulicher Akzent durch einen Schulbau gesetzt werden. Sende sei eine Streusiedlungsgemeinde.

Dem stimmte auch die SPD zu. Doch war sie weiterhin der Meinung, die Mittelpunktschule stehe „an der alten Brisse-Schule falsch“, weil sie dort ihrer Ansicht nach „nicht in die Gemeindeplanung passe“. Aber die CDU wollte den Standort nicht aufgeben; im Dezember wurde er mit ihrer Mehrheit im Gemeinderat endgültig beschlossen.

„Mit Volldampf“ an den Markthallenbau in Kaunitz Im August 1964 zeigten die Zeitungen das Modell der Halle

Seit 1960 fand in Kaunitz an jedem Montag von Mitte April bis Mitte September ein Geflügelgroßmarkt statt, dem 1961 ein ganzjähriger Eiergroßmarkt angegliedert wurde. Ort des Marktgeschehens waren der Saal und der Hof der Gastwirtschaft Liemke an der Einmündung der Fürst-Wenzel-Straße in die Paderborner Straße in der Mitte des Dorfes. Bis 1964 war der Markt stark gewachsen: Die in den Gemeinden Österwiehe, Liemke und Bornholte ansässigen Geflügelzuchtbetriebe verkauften hier wöchentlich nun beinahe 60.000 Tiere und 300.000 Eier an Kunden aus dem ganzen Bundesgebiet. Die Räumlichkeiten, die nicht mitgewachsen waren, erweckten zunehmend den Eindruck eines Provisoriums. Der Markt brauchte eine Halle, in der er weiter ausgebaut werden konnte. Die Gemeinde Österwiehe, auf deren Gebiet sich der größere Teil des Dorfes befand (der kleinere Teil gehörte zu Liemke), hatte deshalb zu Beginn des Jahres am Rand von Kaunitz ein großes Grundstück gekauft. Inzwischen war es durch eine befestigte Straße erschlossen und ein Parkplatz angelegt worden.

In ihrer Sitzung Ende Juli kamen die Ratsmitglieder zusammen, um über die Finanzierung und die Bauplanung der neuen Markthalle zu sprechen. Weil sich alle über die wirtschaftliche Bedeutung des Marktes und, daraus folgend, „über die Notwendigkeit der Einrichtung der Halle völlig einig“ waren, wie die anwesenden Journalisten berichteten, ging alles sehr schnell: Die Mittel für den ersten Bauabschnitt – 350.000 DM (von insgesamt veranschlagten 500.000) – sicherte ein neu aufgestellter Haushaltsplan. Der Architekt Hermann Mertens aus Gütersloh, von dem der Rat ein Angebot hatte einholen lassen, kam in der Sitzungspause dazu und legte nicht nur die vorbereiteten Kostenunterlagen vor, sondern wartete auch mit „einem schon unverbindlich ausgearbeiteten Modell auf“.



Die Markthalle in Kaunitz wurde rasch zu einem Wahrzeichen, wie auch ihre Abbildung neben der Kirche, der Schule und der Fürstenstraße auf dieser 1970 versandten Ansichtskarte zeigt.

Die von Architekt Mertens entworfene Pfeilerlose Mehrzweckhalle umfasste mit einer Fläche von 2100 Quadratmetern doppelt soviel Raum wie in Saal und Hof Liemke zur Verfügung standen. Das flache „gefügelte“ Dach bot mit seinem Überstand gute, wettergeschützte Unterstellmöglichkeiten, beispielsweise für Verpackungsmaterial. Die Gemeinderäte empfanden den Vorschlag als eine derart gute Lösung, dass sie das Angebot sofort einstimmig annahm. Anfang August bildeten die Zeitungen das Modell ab. Schon im Jahr darauf, so hofften die Verantwortlichen, könnte die Halle in Betrieb genommen werden. (Tatsächlich konnte dies bereits am 31. Mai 1965 geschehen. Den Namen „Ostwestfalahalle“ erhielt sie jedoch erst im Jahr 1971.)

War es ein Erfolg dieser Veranstaltungen? Jedenfalls entschieden sich bei der Kommunalwahl am 27. September 1964 in allen fünf Gemeinden des Amtes Verl die meisten Wählerinnen und Wähler wieder für die CDU.

Das durchsichtige Amtshaus

Im Oktober 1964 waren Bekanntmachungen Thema im Rat

„Um die Bekanntmachung der Bekanntmachungen“, wie ein Redakteur in der Überschrift seines Berichts zusammenfasste, ging es bei der Sitzung des Rates der Gemeinde Verl im Oktober 1964. Eine veränderte Rechtsprechung des Verwaltungsgerichts in Minden machte es erforderlich, die Art und Weise, wie die Gemeinde ihre Satzungen, Gebührenordnungen, Bebauungspläne, Straßen- und Wegesachen bekannt machte, zu überdenken, und anschließend die Hauptsatzung entsprechend zu verändern.

Bis zu diesem Zeitpunkt waren die Bekanntmachungen im Flur des Amtshauses (dem heutigen Rathaus) ausgehängt worden. Damit waren sie jedoch nur während der Dienstzeiten der Verwaltung zugänglich; die Bürgerinnen und Bürger hatten während der Mittagszeit und an den dienstfreien Wochenenden nicht die Gelegenheit, die ausgehängten Bekanntmachungen einzusehen. Das hatte das Verwaltungsgericht nun für nicht rechtens erklärt: Bekanntmachungen, aus denen Verpflichtungen für die Bevölkerung entstanden, mussten „während der gesetzlichen Auslegungsfrist ununterbrochen, also auch an Sonn- und Feiertagen und sonstigen dienstfreien Tagen, ebenso auch zur Nachtzeit von jedermann eingesehen werden können.“



Diese 1963 verschickte Ansichtskarte, die im Stadtarchiv aufbewahrt wird, zeigt neben dem St.-Anna-Hospital, der St.-Anna-Kirche, der Dorfschule (Marienschule) und der Dorfmühle unten links das Amtshaus in Verl.

Amtsdirktor Dr. Klose stellte den Mitgliedern des Gemeinderats vor, welche Möglichkeiten der Veröffentlichung die Verwaltungsgerichte gelten ließen: Er nannte zunächst die Veröffentlichung im Amtsblatt der Bezirksregierung, hielt dies jedoch für „unzweckmäßig, da abgesehen von den Kosten, der normale Bürger nicht einmal wisse, woher er dieses Amtsblatt beziehen könne.“ Bei dem Abdruck in den örtlichen Tageszeitungen ergab sich die Schwierigkeit, dass nicht gewährleistet war, dass die Bekanntmachungen in allen Zeitungen gleichzeitig am selben Tag erschienen. Daher schlug der Amtsdirektor vor, die Bekanntmachungen zukünftig nicht mehr im, sondern am Amtshaus auszuhängen: Dazu sollten die beiden Fenster neben dem Eingang mit durchsichtigem Glas versehen und dahinter eine Tafel mit den Aushängen angebracht werden, „für jeden außerhalb des Gebäudes gut sichtbar“. Der Vorschlag wurde einstimmig angenommen und die entsprechende Änderung der Hauptsatzung beschlossen – trotz der Befürchtung des Amtsdirektors, dass ein „ganz Schluauer“ dann immer noch behaupten könne, die Bekanntmachungen befänden sich nicht am, sondern im Amtshaus.

„Volksschule Seppler kurz vor der Vollendung“

Im November 1964 tagte der Gemeinderat von Bornholte

Im November 1964 war die Fertigstellung des Neubaus der Schule Bornholte-Seppler (heute Droste-Haus) in greifbare Nähe gerückt. Der Rat der Gemeinde Bornholte im Amt Verl billigte deshalb bei seiner Sitzung in der Gastwirtschaft Pollmeier einen Dringlichkeitsbeschluss des Bürgermeisters über die Vergabe letzter Arbeiten an dem Gebäude.

Den langen Weg zu diesem Neubau schilderten die Zeitungsredakteure in ihren Berichten über die Sitzung: Bis Anfang der 1960er Jahre hatte sich die Schule Seppler baulich kaum verändert, obwohl sie längst zu klein geworden war. Der Grund dafür lag darin, dass seit 1959 die Gründung eines Schulverbands mit der benachbarten Gemeinde Verl im Raum stand. Durch einen solchen Verband hätten sich die Schulbezirke verändert und eine große Mittelpunktschule den alten Standort Seppler überflüssig gemacht. Doch zeigte die Gemeinde Verl kein großes Interesse, und die Eltern in Bornholte wehrten sich gegen eine Veränderung der Schulbezirke. Sie hielten an den kleinen Schulen mit kurzen Schulwegen fest. 1962 gab der Rat der Gemeinde Bornholte daher seine Bemühungen, einen Schulverband mit der Gemeinde Verl zu gründen, auf. Die Schule Seppler blieb erhalten.

Nun konnte endlich ihre Erneuerung geplant werden, als kleine Landschule in einem landwirtschaftlichen Streusiedlungsgebiet, die modernen Anforderungen genügen würde. So entstand ein Neubau mit zwei Klassenräumen, einem Gruppenraum, Toilettenanlagen und einer Pausenhalle. Sie bildete die Verbindung zum Altbau mit der Lehrerwohnung und dem ehemaligen Klassenzimmer, das nun als Werkraum gedacht war. In dieser Form diente die Schule Seppler noch etlichen Jahrgängen von Schülerinnen und Schülern.



Nach dem nahegelegenen Hof Sepp(e)ler und der benachbarten gleichnamigen Feld-Kapelle – hier im Mai 2010 – trug die Schule Seppler ihren Namen.

Ihren Namen trug die Schule nach dem nahegelegenen Hof Sepp(e)ler und der benachbarten gleichnamigen Feld-Kapelle. Ursprünglich hatte sie die Bezeichnung „Bornholte III/West“ und war mit ihrem Zwilling, der Schule „Bornholte II/Ost“ (heute Bornholte-Bahnhof), 1892-1893 gebaut worden. Als „gleichartige einklassige Schulen nach dem damaligen Muster des Staatshochbauamts errichtet“, sollten sie das bis dahin einzige Schulhaus der Gemeinde Bornholte aus dem Jahr 1867 – „Bornholte I“, genannt Meermeier, am heutigen Kampweg – entlasten. (1909 kam noch die Schule „Bornholte IV/Feld“ in der heutigen Eichendorffstraße hinzu.)

Aus Liemke wird Schloß Holte – Wird aus Österwiehe Kaunitz? Namen und Grenzen standen im Dezember 1964 im Blickpunkt

Bis in den Dezember des Jahres 1964 berichteten die örtlichen Zeitungen über die Umbenennung der dem Amt Verl angehörenden Gemeinde Liemke in „Schloß Holte“. Sie war einen Tag nach der Veröffentlichung des entsprechenden Beschlusses der Landesregierung im Amtsblatt der Regierung Detmold vom 16. November 1964 in Kraft getreten. Bereits im Sommer des Vorjahres hatte die Gemeinde Liemke den entsprechenden Antrag an den Regierungspräsidenten gestellt. Die Mitglieder des Gemeinderats waren sich einig: Längst hatte die Bezeichnung „Schloß Holte“ den älteren Namen „Liemke“ des Gemeinwesens in den Schatten gestellt. Bei dem gleichnamigen Schloß war seit dem 19. Jahrhundert mit der Einrichtung der „Holter Eisenhütte“ eine Ortschaft mit Wohn- und Gewerbegebieten gewachsen – sie trug die Bezeichnung „Schloß Holte“, ebenso wie der zugehörige Bahnhof und die dortige Post. Dass die politische Gemeinde, in der sie sich befand, nicht auch „Schloß Holte“, sondern „Liemke“ hieß, schien zunehmend zu einer „Irrtums- und Verwirrungsquelle“ zu werden. Dem wollten die Verantwortlichen durch die Umbenennung abhelfen. (Der alte Name „Liemke“ blieb als Bezeichnung des ländlicheren Gemeindeteils erhalten.)

Die Gemeinde Österwiehe nahm sich dies zum Vorbild: Auch hier sollte die Bezeichnung von Verwaltungseinheit und Siedlungseinheit zukünftig übereinstimmen, indem sich die Gemeinde nach der einzigen geschlossenen Ortschaft auf ihrem Gemeindegebiet, dem Dorf Kaunitz, in „Kaunitz“ umbenannte. Auch sie begründete diesen Wunsch damit, dass der Name „Kaunitz“ viel geläufiger sei als derjenige der zugehörigen politischen Gemeinde, eben „Österwiehe“. Schließlich führten die Kirchengemeinde (Kirchspiel), das Dorf, der Bahnhof, die Post und der Geflügelmarkt alle die Bezeichnung „Kaunitz“. Der bei der entsprechenden Sitzung im Dezember 1964 anwesende Amts- und Gemeindedirektor Dr. Klose jedoch „wies den Rat darauf hin, daß die Situation in Oesterwiehe nicht ohne weiteres mit der in Schloß Holte zu vergleichen sei.“ Denn anders als die Ortschaft Schloß Holte in der nun gleichnamigen politischen Gemeinde lag das Dorf Kaunitz nicht auf dem Gebiet einer, sondern zweier politischer Gemeinden: Der Stifter des Kirchspiels, Graf Maximilian Ulrich von Kaunitz-Rietberg, hatte es im Jahr 1743 dort, wo Österwiehe und Liemke (jetzt Schloß Holte), aneinander grenzten, errichten lassen. Hier, bei der Kirche, war das Dorf entstanden, über die Grenzen hinweg. Deshalb beschloss der Rat der Gemeinde Österwiehe, sich zunächst mit der Gemeinde Schloß Holte über eine Grenzbegrädigung zu einigen und erst dann den Antrag auf Namensänderung zu stellen.